

Wenn Schutz nicht schützt: Wie das Versagen der Stadt zum Tod im Kälteschutz führte

Am 31. Dezember 2024 wurde ein Mensch im Kälteschutzcontainer in Kiel getötet. Ein Mensch, der Schutz vor dem Erfrieren gesucht hat, doch die Nacht nicht überlebte.

Wie kann es sein, dass ein von der Stadt angebotener Raum, der Schutz vor Kälte verspricht, keinen Schutz vor Gewalt gewährleistet? Die Verantwortlichen tun überrascht und zeigen sich betroffen. Doch erst das strukturelle Versagen der Stadt ermöglichte das Tötungsdelikt.

Schutz vor Kälte, ja. Schutz vor allem anderen - Fehlanzeige.

Der Kälteschutz in der Adolf-Westphal-Straße liegt in Nähe des Bahnhofs und fällt in die Zuständigkeit des Ortsbeirates Gaarden. In denen als Sammelunterkünfte konzipierten Container werden insgesamt bis zu 20 Menschen auf engstem Raum untergebracht. Schlafen müssen die Menschen auf Isomatten auf dem Boden. Geöffnet ist der Erfrierungsschutz jeden Tag von 17.00 bis 10.00 - morgens muss der Kälteschutz pünktlich geräumt sein. Schaffen Menschen dies nicht, werden sie rausgeworfen. Egal bei wieviel Grad Fieber, egal ob es regnet oder schneit.

Jeden Abend werden hier also willkürlich zusammengewürfelte Gruppen an Menschen im gleichen Raum untergebracht. *„Leute werden in menschenunwürdigen Verhältnissen zusammengestopft“* berichtet ein Betroffener. Hierbei spielt es keine Rolle, ob sie sich gänzlich unbekannt sind, befreundet oder zerstritten. Das Leben auf der Straße ist von immensen Belastungen geprägt und neben der Obdachlosigkeit sind Menschen gleichzeitig von vielen anderen Problemen betroffen. So weisen viele obdachlose Menschen eine Suchterkrankung und/oder eine psychische Erkrankung auf. Auch auf diese sehr individuellen Ausgangslagen wird keine Rücksicht genommen und so prallen jeden Abend die unterschiedlichsten Charaktere und Bedürfnisse aufeinander. Weder Privatsphäre noch die Möglichkeit, Persönliches abzuschließen, sind im Kälteschutz gegeben. Dass es häufiger zu Diebstählen kommt, berichten Untergebrachte schon lange.

Für die Sicherheit vor Ort hat die Stadt einen Sicherheitsdienst beauftragt. In verschiedenen Gesprächen mit Untergebrachten wurde jedoch deutlich, dass es zum einen immer wieder vorkommen sei, dass nur eine Person vom Sicherheitsdienst anwesend sei. Zum anderen, dass sich der Sicherheitsdienst in Konfliktsituationen zwischen Untergebrachten in ihrem Büro verschanze und warte, bis es vorbei sei oder die Polizei einträte.

Verbale und körperliche Gewalt ist in den letzten Jahren immer wieder vorgekommen. Schon 2022 kam es in der Notunterkunft zu einem Messerangriff. Die Versprechen der Stadt, die

Sicherheit in den Containern zu erhöhen, sind nicht neu. Doch an der Sicherheit in der Notschlafstelle wurde bis heute nichts geändert. Mit drastischen Folgen: Am 31.12.2024 wurde ein 42-jähriger Mensch im Kieler Kälteschutzcontainer getötet. Dass es dazu kam, war im Hinblick auf die katastrophalen Bedingungen nur eine Frage der Zeit.

Privat geführt. Offiziell verschlechtert.

Bis vor einem Jahr wurde die Notunterkunft in der Nähe des Bahnhofs von der Kieler Stadtmission betrieben. Doch gab es so viel Kritik an der Konzeption und fehlender Sicherheit, dass der Träger die Einrichtung im Januar 2024 als Konsequenz abgab. Die Stadt war nicht bereit, die Rahmenbedingungen zu verbessern. Übernommen wurde die Notunterkunft dann von dem Berliner Unternehmen *Living Quarter GmbH*. Das profitorientierte Unternehmen hat seine Wurzeln in der Immobilienwirtschaft und betreibt deutschlandweit soziale Einrichtungen und Unterkünfte. Auf der Website betont die Living Quarter GmbH an verschiedensten Stellen, dass es „mehr als nur Dach über dem Kopf bietet“, sondern „ein Zuhause voller Wärme und Sicherheit für jeden“ sei. Wie absurd, den Ort, den Untergebrachte als „räudig“ und „herabwürdigend“ beschreiben und in dem nun ein Mensch verstorben ist, als ein Zuhause zu bezeichnen. Doch von welchem „mehr als ein Dach“ ist hier die Rede? Denn wenn man Besucher*innen des Kälteschutzcontainers fragt, gab es nach Übernahme der Living Quarter GmbH eher weniger. Viele berichten, dass sich die Lage vor Ort im letzten Jahr noch einmal verschlimmert hat. Gab es unter der Stadtmission noch Sozialdienstassistent*innen als Ansprechpersonen und auch mal einen Kaffee oder Schlafsack, war es nun nur noch das bare Minimum.

Nach dem Tötungsdelikt hat sich die Stadt von dem Sozialdienstleister getrennt, das DRK wird die Unterkunft ab sofort betreiben.

Doch auch wenn wir uns hier weiter über Living Quarters auslassen könnten, trägt dieser nicht die volle Verantwortung. Der Träger kann sich zwar mehr oder weniger verantwortlich fühlen, doch bewegt er sich weiterhin in einem von der Stadt vorgegebenen Rahmen.

Das Märchen, dass niemand auf der Straße schlafen muss

Wie gerne wird der Satz, dass niemand auf der Straße schlafen muss, immer noch getätigt. Der Satz hilft uns dabei zu glauben, dass sich der Mensch unter dem Vordach bewusst für das Übernachten auf der Straße entschieden hat. Dass er*sie eine Wahlmöglichkeit hatte. „Niemand muss auf der Straße schlafen“, denken wir leise, während wir die Kaputze weiter ins Gesicht ziehen und das Kieler Wetter verfluchen. Auch Sozialdezernent Gerwin Stöcken ist in den Kieler Nachrichten immer wieder mit diesem Satz zitiert worden. Doch dass die Stadt

Schlafmöglichkeiten für Menschen ohne Obdach bereitstellt, ist weder einem besonders ausgeprägten Mitgefühl geschuldet, noch ist es ein Akt, der Lob oder Zuspruch verdient. Denn Städte und Kommunen haben die Pflicht, menschenwürdige Notunterkünfte zur Verfügung zu stellen. Punkt. Die Container sind somit ein Weg der Stadt Kiel, ihrer Unterbringungspflicht nachzugehen. Dass dieser Pflicht schon in den letzten Jahren mehr schlecht als recht nachgekommen wurde, ist kein Geheimnis.

Was sagt es über die Notunterkünfte aus, wenn Menschen trotz eisiger Temperaturen die Straße vorziehen? Denn es ist auch immer ein Abwägen zwischen zwei relevanten Bedürfnissen: dem nach Wärme und dem nach Sicherheit. Im Hinblick auf den im Kälteschutz Verstorbenen ist die Floskel an ihrem Zynismus kaum zu übertreffen. Denn vermutlich würde der Mensch noch leben, hätte er auf der Straße geschlafen.

Auf die Frage hin, was sich in der Unterkunft verbessern müsste, antwortete ein ehemals Untergebrachter sehr deutlich: *„Eine Person. Ein Container. Alles andere hat sich nicht bewährt. Und einen Schlüssel für jeden. Dann würde es aufhören, dass sich Menschen an die Gurgel gehen.“* Auch die Sozialverbände fordern gewisse Minimalstandards, an welche sich Notunterkünfte zu halten haben.

Bekundungen der Stadt, dass niemand auf der Straße schlafen müsse, reichen nicht aus. Und wenn es sicherer ist, auf der Straße zu schlafen, als in von der Stadt angebotenen Notunterkünften, dann läuft etwas gewaltig schief. Wolf Paarmann, ein Mitglied der Hempels-Redaktion, betonte in einem Gespräch, dass *„die Stadt, wenn sie einen Erfrierungsschutz anbietet, auch dafür sorgen muss, dass er schützt“*. Die Verantwortlichen sind in der Pflicht, angemessene Sicherheitsstandards in denen von ihnen angebotenen Unterkünften zu gewährleisten. Das System zeigt, dass so etwas immer wieder passieren kann und dass es auf keinen Fall so weiterlaufen darf.

In den letzten Wochen haben sich die Berichte und Kommentare in den Kieler Nachrichten sowie vollmundige Bekundungen von Lokalpolitiker:innen über unseren Stadtteil mal wieder überschlagen. Sie glänzten dabei vor allem durch Realitätsferne, wenn es darum ging, den für alle offensichtlichen Problemen in Gaarden zu begegnen. Auslöser für die jüngste Debatte um den ewigen „Problemstadtteil“, an der sich vor allem außerhalb des Viertels ereifert wird, waren, neben dem offenen Drogenkonsum am Karlstal, verschiedene schwere Gewalttaten, die für allgemeine Erschütterung gesorgt hatten. Die Reaktionen bliesen allesamt ins selbe Horn: Von Waffenverbotszonen, öffentlichen Alkoholverboten und Kameraüberwachung war die Rede, auch beim Oberbürgermeister höchstpersönlich. Auffällig auch, dass dabei recht unterschiedliche Phänomene vermengt wurden, ohne das zwischen ihnen ein erkennbarer Zusammenhang bestünde.

Wie es jedoch dazu kommt, dass die Brutalisierung und Vereledung in Gaarden besonders sichtbar ist, fragt schon lange kaum jemand mehr. Die sozialpädagogischen 1970er Jahre, als man Gewalt, Sucht und Armut zwar oft ebenso hilflos gegenüberstand, sie aber zumindest in der Verantwortung der Gesamtgesellschaft und nicht bei den betroffenen Einzelnen verortete, sind lange vorbei. Sie wurden beendet durch Jahrzehnte der neoliberalen sozialen Kälte. Dabei weiß wohl jede:r, der die Entwicklung des Stadtteils aus nächster Nähe miterlebt, dass sich die unübersehbaren Probleme nicht repressiv durch Polizei, Ordnungsdienste und Verbote verdrängen lassen. Im Gegenteil werden auf diese Weise immer neue Probleme geschaffen. Ein Musterbeispiel dafür spielt sich in den letzten Wochen mal wieder vor unseren Haustüren ab.

Elend lässt sich nicht verdrängen

Erklärtes Ziel der städtischen Politik ist es, den Drogenkonsum vom Karlstal zu verdrängen. Nach dem Motto „Aus den Augen - aus dem Sinn“ wurde am Rande des Stadtteils über Nacht eine offene Grünfläche am Ende der Werftstraße mehr schlecht als Recht zur geduldeten Aufenthaltsfläche umfunktioniert, wohin die Szene zunächst mit nachdrücklichen Apellen abgeschoben werden sollte. Diese Initiative legte einmal mehr die Hilfs- und Ahnungslosigkeit, oder aber Ignoranz der städtischen Verantwortlichen offen: Die Fläche blieb weitestgehend ungenutzt. Der Grund dafür ist banal: Die Szene versammelt sich logischerweise dort, wo sie ihre Bedürfnisse verwirklichen kann. Im Zentrum und nicht am Rande des Stadtteils gibt es den Zugang zu Substanzen und Geldbeschaffungsmöglichkeiten, aber auch Unterstützungsangebote und eine unkomplizierte Verkehrsanbindung, die die Konsument:innen brauchen. Also wurden nur kurze Zeit später andere Register gezogen und das Bushalteshäuschen am Karlstal abgebaut, eine neue Fassade am REWE-Markt installiert und die Kontrollen und Präsenzen von „Kommunalem Ordnungsdienst“ (KOD) und Polizei ausgeweitet. Aber auch dies hatte nur mäßigen Effekt: Auch nach Wochen wird weiterhin am Karlstal konsumiert, darüber hinaus hat sich das Geschehen jedoch in die umliegenden Straßen, Höfe und Hauseingänge ausgefächert. Die in der Tat oft unzumutbaren Belastungen wie Verwahrlosung, Diebstähle oder Belästigungen, die das Drogenproblem für die Anwohner:innen mit sich bringt, haben durch die Repressionsmaßnahmen also eher zu- als abgenommen. Dazu zählt für viele Gaardener:innen auch die permanente Präsenz der Ordnungshüter.

Konsum- und Aufenthaltsräume für Drogennutzer:innen – sofort!

Was es eigentlich braucht, um die Situation für alle Betroffenen, d.h. Drogennutzer:innen wie (übrige) Viertelbewohner:innen zu entspannen, wird von Sozialarbeiter:innen und auch im Ortsbeirat nicht erst seit gestern gefordert: Geschützte, zugängliche und menschenwürdige Konsum- und Aufenthaltsorte für die Szene in zentraler Lage. Bisher weigert sich die Politik jedoch, solche konkreten und auf der Hand liegenden Maßnahmen anzugehen: Man wolle keine weiteren Anziehungspunkte für Drogenkonsum in Gaarden schaffen. Wer jedoch mit offenen Augen durch Gaarden geht, weiß natürlich, dass diese schon lange zu Genüge im Viertel fest ansässig sind. Konsumräume würden die Situation auf der Straße daher entspannen und keineswegs verschärfen. Und wer über ein gutes Gedächtnis verfügt weiß darüber hinaus, dass der Hotspot Gaarden sich vor etwa 20 Jahren erst dadurch entwickelt hat, dass die Szene aus der Innenstadt gezielt hierhin vertrieben wurde. Jetzt, wo ihnen die Situation außer Kontrolle geraten ist, versuchen die Verantwortlichen sie mit den selben falschen Mitteln von damals wieder einzufangen.

Dies nicht zuletzt, um den Stadtteil im Sinne ihrer Aufwertungsambitionen attraktiver zu machen. Dies spiegelt sich auch im jüngst beschlossenen Haushalt der Stadt Kiel wider.

Während etwa an der ohnehin völlig unterfinanzierten Straßensozialarbeit gespart wird, wird der KOD weiter aufgerüstet. Die Stadt setzt also völlig bewusst auf Repression und Kontrolle, statt auf Unterstützung Hilfsbedürftiger. Sie ist damit zum Scheitern verurteilt. Wer nicht einmal annähernd eine nachhaltige Lösung für den offenen Crackkonsum auf Gaardener Straßen hat, sollte sich seine Phantasien von Alkoholverboten abschminken. Und wer selbst nur auf bewaffnete Ordnungshüter setzt, sollte mit der Forderung nach Waffenverbotszonen im Stadtteil tiefstapeln. Solche Maßnahmen bringen nicht mehr Schutz vor Belästigungen, Verelendung und Gewalttaten, sondern mehr willkürliche Kontrollen, Überwachung und ein allgemeines Klima der Angst. Hierunter werden letztlich alle Gaardener:innen leiden.

Nicht die Menschen, die Gesellschaft schafft Gewalt und Elend!

Was in der gesamten Debatte trotz großer Aufregung und seitenweiser Zeitungsartikel völlig ausgespart wird, ist die Frage, woher die zunehmenden sozialen Missstände eigentlich kommen, mit denen wir in Gaarden besonders konfrontiert sind. Diese Gesellschaft bietet, in verschiedenen Abstufungen, immer weniger Perspektiven für den Großteil der Bevölkerung. Der Druck, im alltäglichen Konkurrenzkampf zu funktionieren, um auch nur die grundlegenden Dinge des Lebens bestreiten zu können, wird immer größer. Das hat sich durch Preissteigerungen und Wohnraumkrise in den letzten Jahren immer mehr verschärft.

Gewalt hat viel mehr Gesichter, als dass, was uns in Gaarden manchmal auf der Straße begegnet. Gewalt findet alltäglich hinter Wohnungstüren statt, Gewalt geht von Wohnraumeigentümer:innen aus, die ihre Mieter:innen auf die Straße setzen und Gewalt wird von Arbeitgeber:innen ausgeübt, die über das Schicksal ihrer Lohnsklav:innen bestimmen. Und nicht zuletzt ist die Gewalt des Staates die Grundlage seiner Existenz und richtet sich vor allem gegen die, die nichts haben oder hier nicht als vollwertige Menschen anerkannt werden. Kurz gesagt: Diese Gesellschaft, der Kapitalismus, beruht auf permanenter Gewalt, die das Klassenverhältnis absichert. Es ist kaum verwunderlich, dass viele Menschen da mitmachen. Sie greifen ganz einfach zu den Formen der Gewalt, die ihnen zur Verfügung stehen, um sich unter den völlig ungleichen und ungerechten Bedingungen

durchzuschlagen. Es ist auch kein Wunder, dass eine Gesellschaft, die dem Ziel dient, Mehrwert zu produzieren und dabei keinerlei Moral kennt, auch Leute hervorbringt, die Verelendungsdrogen verticken, um ihrerseits zu überleben. Und es wird auch nur in diesem Gesamtzusammenhang nachvollziehbar, weshalb diejenigen, die für diese Verhältnisse nicht hart oder privilegiert genug sind und an ihnen scheitern, zu selbstzerstörerischen Betäubungsmitteln greifen, um ihnen zu entfliehen.

Für einen solidarischen Stadtteil!

Wir wollen so nicht zusammen leben und uns damit abfinden! Und weil wir sehen, dass sich die soziale Misere in Krisenzeiten auf allen Ebenen immer weiter verschlimmert, müssen wir uns gegenseitig unterstützen, schützen und gemeinsam wehren. Wir lassen uns nicht zu Feind:innen machen, sondern wollen Lebensbedingungen für unseren Stadtteil erkämpfen, die allen eine würdige Existenz ermöglicht. Was wir brauchen sind erschwinglicher Wohnraum und öffentlichen Raum für alle. Wir fordern Konsumräume für diejenigen, die Suchtbetroffen sind und genügend Aufenthalts- und Schutzräume für diejenigen, die kein Dach über dem Kopf haben. Und wir brauchen mehr Beratungs- und Unterstützungsangebote für die, die sich da rauskämpfen wollen. Was wir nicht brauchen sind mehr Polizei, mehr Ordnungsdienste, mehr Kontrollen, mehr Verbote und mehr Aufwertung auf unserem Rücken.

Ein Ort, um sich zusammen zu tun und gemeinsam Pläne zu schmieden, wie wir die Lebensbedingungen aller im Viertel von unten verbessern können und um Angriffe auf uns abzuwehren, ist unser monatliches Treffen der AG Solidarisches Gaarden im Stadtteilladen Anni Wadle in der Kieler Straße 12. Wir treffen uns dort jeden dritten Mittwoch im Monat um 18.30 Uhr und freuen uns immer über neue Mitstreiter:innen. Kommt gern vorbei und organisiert euch mit uns!

Erstrecht in harten Zeiten: Lasst euch nicht spalten und bleibt solidarisch - Gaarden für alle!